

Rechenzentrum macht Platz für Verwaltung

Thuner Stadtrat Das Rechenzentrum der städtischen Informatikdienste wird neu extern in Bern untergebracht. Damit wird an der Industriestrasse noch mehr Platz frei für die Verwaltung. Dieser Ausbau war gestern im Stadtrat jedoch nicht unbestritten.

Gabriel Berger

Informatik wird immer wichtiger – auch bei der Stadt Thun. Die Entwicklung lässt sich an Zahlen festmachen: So wird etwa die Zahl der PC-Arbeitsgeräte, inklusive Tablets, innerhalb der Verwaltung und an der Volksschule in den nächsten Jahren von aktuell 1700 auf 3900 zunehmen. Unter diesen Vorzeichen behandelte der Stadtrat gestern Abend gleich zwei Kreditvorlagen, die sehr direkt respektive indirekt mit der städtischen IT-Infrastruktur zu tun hatten.

Externe Lösung günstiger

Zunächst beugte sich das Parlament über die Auslagerung des IT-Rechenzentrums (RZ) an die Berner Firma NTS Workspace AG. Das Wort «Auslagern» hatte in der Sachkommission Fragen aufgeworfen. **Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP)** konnte indes beruhigen: «Es geht hier um einen extern stationierten, gesicherten Raum, der aber von Mitarbeitenden der Stadt betrieben wird.» Ursprünglich war geplant gewesen, das RZ in einem Erweiterungsbau der Verwaltung unterzubringen. Als sich zeigte, dass die externe Lösung deutlich günstiger zu stehen käme, vollzog die Regierung einen Strategiewechsel (wir berichteten).

Für die Kehrtwende erhielt der Gemeinderat aus allen Fraktionen Lob. «Er hat in diesem Geschäft gezeigt, dass er eben doch gestaltet und nicht nur verwaltet», sagte Martin Allemann (SP) in Anspielung auf den Stadtpräsidentenwahlkampf – und erntete Schmunzler. Die neue Lösung sei billiger und flexibler, denn im schlimmsten Fall könne der Vertrag nach fünf Jahren neu ausgehandelt werden. Peter Aegerter (SVP) meinte, dass der «Verlust des Standorts Thun verkraftbar» sei. «Vom Finanziellen her können wir den Strategiewechsel absolut nachvollziehen», so Aegerter. Stadtratspräsident Andreas



Zwischen dem bestehenden Verwaltungsgebäude (rechter Bildrand) und dem Hauptsitz der Energie Thun AG (links) will die Stadt ein neues Verwaltungsgebäude realisieren. Gestern wurde der dafür nötige Projektionskredit durch den Stadtrat genehmigt. Foto: Patric Spahni

Baldachin im Bälliz und Steg zwischen Kuhbrücke und Mühlebrücke: Skepsis überwiegt

Der erste, der einen Baldachin über dem Bälliz öffentlich zur Sprache brachte, war der Stadtpräsident – und zwar, als **Raphael Lanz (SVP)** im März beim Innensadtaleist über Visionen referierte (wir berichteten). Die damalige SVP/FDP-Stadtratsfraktion nahm das Thema in einem Postulat auf: Sie forderte den Gemeinderat auf, die Errichtung einer «stilvollen Überdachung» im Bälliz zum Beispiel ab Höhe Mühlegässli bis Kuhbrücke sowie weitere Massnahmen zur Attraktivitätssteigerung zu prüfen. Bereits zuvor hatten SVP und FDP ein anderes Postulat «für eine attraktive Thuner Innenstadt» eingereicht – mit der Idee eines Stegs zwischen Kuh- und Mühlebrücke.

Gestern wurden die beiden Postulate nun im Parlament behandelt. In den Antworten auf die Vorstösse verwies der Gemeinderat auf die anstehenden Veränderungen mit der Eröffnung des Schlossberg-Parkings, der Aufhebung von Parkplätzen oder dem neuen Verkehrsregime. Das Umfeld werde sich deshalb ändern – und dem wolle die Regierung proaktiv begegnen. Er empfahl deshalb die Annahme der Postulate. Und verwies gleichzeitig auf das Stadtentwicklungskonzept STEK 2035, das im Sommer in der öffentlichen Mitwirkung war. Im Konzept werde der Aufwertung der öffentlichen Räume ein hoher Stellenwert eingeräumt. «Die Anliegen der Postulanten sollen

deshalb im Rahmen einer Gesamtbetrachtung weiterverfolgt werden», schrieb der Gemeinderat. Gegenwärtig werde dazu die Erarbeitung eines Umsetzungs- und Massnahmenplans für die Attraktivierung der Innenstadt geprüft. Zur Steg-Idee äusserte sich der Gemeinderat allerdings grundsätzlich skeptisch: Diese sei «mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht eins zu eins umsetzbar». Es stellten sich diverse Fragen – etwa zu den Kosten, zur Bewilligungsfähigkeit, zum Ortsbild-, Denkmal- und Hochwasserschutz. Diese Skepsis teilte eine Mehrheit im Parlament. Stellvertretend die Aussage von Jonas Baumann (Fraktion der Mitte): «Die Idee fällt

rasch ins Wasser.» Mit 18 zu 15 bei 4 Enthaltungen wurde das Postulat abgelehnt. Beim Baldachin-Vorstoss wünschten die Links- und Mitte-Parteien eine Aufteilung, da auch die Überdachung vorwiegend negative Reaktionen hervorrief – im Gegensatz zu den im selben Postulat erwähnten weiteren Massnahmen zur Attraktivitätssteigerung, gegen die niemand etwas einzuwenden hatte. SVP und FDP als Postulanten hätten der Aufspaltung zustimmen müssen, was sie jedoch nicht taten: «Wir halten am eingereichten Antrag fest», sagte Peter Aegerter (SVP) nach einem Sitzungsunterbruch. So lehnte der Stadtrat auch dieses Postulat ab – mit 20 zu 16 Stimmen. (mik)

Kübli (GLP) trat in dieser Funktion sogar vorübergehend in den Ausstand, um sich an der Diskussion zu beteiligen. Er erinnerte daran, dass sich seine Partei schon beim ersten Durchgang für ein externes Housing ausgesprochen habe. «Ich bin glücklich, dass der Gemeinderat die Zeichen der Zeit erkannt hat», sagte Kübli. Am Ende genehmigte der Stadtrat den Kredit von 430 000 Franken für die Grundausstattung sowie 142 000 Franken jährlich für das Auslagern der IT-Infrastruktur einstimmig.

GLP und Hiltbold dagegen

Damit war der Weg frei für das 823 500-Franken-Kreditgeschäft zur Projektierung des erwähnten Erweiterungsbaus der Verwaltung an der Industriestrasse. Ohne RZ gäbe es dort Raum für 70 zusätzliche Büroarbeitsplätze, rund die Hälfte davon für die Informatikdienste. Heute sind diese im Thunerhof untergebracht. «Der Raumnotstand ist dort sehr gross», erklärte Bauvorsteher Konrad Hädener (FdM).

Obwohl der Bedarf nach mehr Fläche weitgehend unbestritten war, kritisierten mehrere Stadträte, dass Teilzeitangestellte ab einem Pensum von 50 Prozent heute Anrecht auf einen eigenen Arbeitsplatz haben. «Dieses Reglement ist nicht mehr zeitgemäss. Co-Working-Spaces ergäben eine effizientere Raumnutzung», sagte etwa Markus van Wijk (FDP). Nicole Krenger (GLP) führte aus, weshalb sie und Parteikollege Kübli den Kredit ablehnen würden: «Es gibt in Thun einen Investitionsstau. Und diese Vorlage ist zum jetzigen Zeitpunkt alles andere als zwingend, sondern nice to have.» Thomas Hiltbold (Grüne) sprach gar von einer «Verschleuderung» von Steuergeldern. «Das Geschäft ist sowohl finanzpolitisch als auch ökologisch nicht sinnvoll», befand er. Letztlich wurde der Kredit mit 34 zu 3 Stimmen dann aber doch klar genehmigt.

So hohe Ausgaben für den Bau wie noch nie

Thun Das Budget 2019 der Stadt Thun sieht einmal mehr ein ausgeglichenes Ergebnis vor. Die geplanten Ausgaben für den baulichen Unterhalt erreichen neue Rekordwerte. Dadurch wird die Verschuldung wieder ansteigen.

Was haben das Budget der Stadt Thun und der jeweils an Silvester ausgestrahlte TV-Klassiker «Dinner for One» gemeinsam? Es ist jedes Jahr dasselbe, ist man geneigt zu sagen. Im Fall des Budgets ist dies natürlich eine starke Vereinfachung, obschon die Stadt gestern zum wiederholten Mal ein ausgeglichenes Ergebnis für das kommende Jahr in Aussicht gestellt hat. «Wenn ich hier etwas Spektakuläres präsentieren würde, dann würde ich wohl etwas falsch machen», sagte Stadtpräsident und **Finanzvorsteher Raphael Lanz (SVP)** eingangs der Medienorientierung im Rathaus.

Steueranlage bleibt gleich

Das oberste finanzpolitische Ziel bleibt «ein mittel- bis langfristig ausgeglichener Finanzhaushalt», hielt **Lanz** fest. Die budgetierte schwarze Null soll mit einer un-

veränderten Steueranlage von 1,72 Einheiten erreicht werden – dies bei einem Aufwand und einem Ertrag von je 319 Millionen Franken. Das ausgeglichene Ergebnis gibt es diesmal indes nicht umsonst: «Es sind Entnahmen aus der Spezialfinanzierung Baulicher Unterhalt in Höhe von 11,8 Millionen Franken nötig», sagte der **Stadtpräsident**. Denn, wie Finanzverwalter Stefan Christen erläuterte, für das Jahr 2019 sind «rekordhohe» Nettoinvestitionen von 41,5 Millionen Franken geplant. Allein auf den Unterhalt von steuerfinanzierten Projekten entfallen Beträge im Umfang von 26,5 Millionen. Verglichen mit den durchschnittlichen Werten in den letzten fünf Jahren steigert sich der Aufwand in diesem Bereich im Jahr 2019 um 56 Prozent. «Wir haben beim baulichen Unterhalt einen gewissen Nachholbedarf», sagte **Lanz**.

Grössere Brocken in naher Zukunft sind beispielsweise die Sanierung des Strandbads (läuft bereits) und der Kunsteisbahn Grabengut oder der Unterhalt diverser Schulen, weiterer Stadt-

liegenschaften sowie Verkehrsanlagen. «Es ist auch in den kommenden Jahren mit hohen Nettoinvestitionen zu rechnen. Diese Entwicklung drückt natürlich auf die Selbstfinanzierung»,

sagte Christen mit Blick auf den Finanzplan 2019–2022.

In der Tat ist die Kehrseite der Medaille, dass die Stadt – für die laut **Lanz** «nachhaltige Sanierung der städtischen Infrastruktur» – eine Neuverschuldung in Kauf nimmt. Verglichen mit anderen Städten wie Bern oder Biel steht Thun trotzdem gut da, resultiert doch unter dem Strich pro Einwohner ein Nettovermögen von knapp 3000 Franken.

Konjunktur lässt hoffen

Positiv sieht im Budget 2019 die Entwicklung bei den Steuererträgen aus. Sie steigen gegenüber dem Vorjahr um 3,1 Millionen auf 124,3 Millionen Franken. Der Mehrertrag bei den natürlichen Personen macht dabei 2,2 Millionen aus. Auch die Konjunktur entwickle sich weiterhin erfreulich, darüber täusche etwa auch der jüngst angekündigte

Stellenabbau bei Meyer Burger nicht hinweg. «Alle grossen Firmen, mit denen wir in letzter Zeit in Kontakt standen, sagten uns, dass es ihnen gut laufe», erzählte der **Stadtpräsident**.

Weiterhin steigend sind die Beiträge, welche die Stadt in die kantonalen Lastenausgleichssysteme einzahlen muss. Sie machen gut die Hälfte des Steuerertrags aus. Allerdings bleibt der Stadt dank der höheren Steuereinnahmen letztlich dennoch mehr finanzieller Handlungsspielraum als noch im Vorjahr. Und: Thun darf mit höheren Beiträgen aus dem Finanzausgleich rechnen – insbesondere dank einer höheren Abgeltung der Zentrumslasten.

Der Stadtrat wird am 15. November über das Budget 2019 und den Finanzplan befinden.

Gabriel Berger



Finanzvorsteher Raphael Lanz (r.) und Finanzverwalter Stefan Christen präsentierten gestern das Budget 2019. Foto: Patric Spahni